



DIE ANKLAGE PUNKT FÜR PUNKT: Trumps Betrug in fünf Etappen

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/anklage-gegen-donald-trump-die-vorwuerfe-punkt-fuer-punkt-erklaert-19078948.html>

Sonderermittler Jack Smith zeichnet nach, wie Donald Trump Lügen verbreitete, Amtsträger unter Druck setzte und seinem Vizepräsidenten Mike Pence den ultimativen Vorwurf machte: „Du bist zu ehrlich!“ Gewalt nahmen die Verschwörer in Kauf.

- VON [ANDREAS ROSS](#)
- 03.08.2023

Die neue Anklage gegen [Donald Trump](#) wirft dem früheren Präsidenten vor, 2020 seine Wahlniederlage nicht akzeptiert und wider besseres Wissen mehr als zwei Monate lang verschiedene kriminelle Taktiken verfolgt zu haben, um an der Macht zu bleiben.

Die Verschwörer

Dazu habe er sich mit mindestens sechs Personen verschworen, die bisher nicht angeklagt worden sind. Sie werden in der Anklageschrift nicht namentlich genannt, sind aufgrund bekannter Fakten aber leicht identifizierbar:

- Trumps Anwalt [Rudy Giuliani](#), ein früherer Bürgermeister von New York
- John Eastman, ein einstiger Assistent vom Obersten Richter Clarence Thomas und Gründer einer mit dem erzkonservativen Think Tank Claremont Institute verbundenen Anwaltskanzlei
- Sidney Powell, eine frühere Bundesstaatsanwältin in Texas
- Jeffrey Clark, seinerzeit Abteilungsleiter im Justizministerium
- Kenneth Chesbro, ein Anwalt aus Wisconsin und

- „Mitverschwörer 6“, den zumindest die „New York Times“ als Trumps Wahlkampfberater Boris Ephsteyn identifiziert hat.

Dass sie nicht mit Trump angeklagt wurden, dürfte auf den Wunsch von Sonderermittler Jack Smith zurückgehen, das Verfahren möglichst vor der Präsidentenwahl am 5. November 2024 zu beenden. Dass sie auch separat noch nicht angeklagt wurden, könnte auf Versuche hindeuten, mit den Verdächtigen Deals zu schließen, um sie als Zeugen gegen Trump zu gewinnen.



[John Eastman alias „Mitverschwörer 2“ und „Mitverschwörer 1“ Rudy Giuliani sprachen vor Trump auf der Kundgebung am 6. Januar 2021 in Washington. :Bild: Reuters](#)

Ein Verbrechen in fünf Phasen

Die Anklageschrift zeichnet das Bild eines versuchten Staatsstreichs in fünf Phasen.

- Unmittelbar nach der Wahl vom 3. November 2020 hätten Trump und seine Mitverschwörer Mandatsträger in mehreren Bundesstaaten unter Druck gesetzt, „das Wahlergebnis zu ignorieren (und) Millionen von Wählern zu entrecht“.
- Später hätten sie in sieben von Biden gewonnenen Staaten „Fake-Wahlleute“ rekrutiert.
- Nachdem das Ergebnis am 14. Dezember 2020 im „electoral college“ ordnungsgemäß mit 306 zu 232 Stimmen für Biden ausgefallen war, begann Trump laut Anklage, „sein“ Justizministerium unter Druck zu setzen, den angeblichen Wahlbetrug zu bestätigen.

- Gegen Weihnachten habe Trump dann versucht, seinen Vizepräsidenten [Mike Pence](#) unter Druck zu setzen. Der sollte sich anmaßen, bei der Beglaubigung des Ergebnisses im Kongress viele Stimmen für Biden zurückzuweisen – auch durch Einwirkung auf die Demonstranten, die später das Kapitol erstürmen sollten.
- Die gewaltsame Unterbrechung der Beglaubigung habe Trump dann ausgenutzt, um zu versuchen, die Beglaubigung von Bidens Sieg in buchstäblich letzter Sekunde doch noch zu verhindern.

Ein Wahlrecht aus der Postkutschenzeit

Der lange Weg zur Wahl eines amerikanischen Präsidenten, der Trump so viele Ansatzpunkte für [Betrug](#) gab, geht auf die Verfassung von 1789 und das Bundesgesetz „Electoral Count Act“ von 1887 zurück. Die indirekte Wahl des Präsidenten durch Wähler im „electoral college“ ist ein Kompromiss der Gründerväter gewesen. Die langen Fristen zwischen allgemeiner Wahl, Abstimmung der Wähler, Beglaubigung im Kongress und Amtseinführung stammen aus der Postkutschenzeit: Es war im 19. Jahrhundert nicht trivial, im Winter wichtige Dokumente sicher etwa aus dem „Wilden Westen“ in die Hauptstadt zu bringen.

Vor dem Wahltermin bestimmen die Parteien in jedem der 50 Bundesstaaten und im Hauptstadtdistrikt Washington „ihre“ Wähler („electors“), meist treue Unterstützer des jeweiligen Kandidaten. In manchen Staaten stehen ihre Namen auf den Stimmzetteln, in anderen nur die der Präsidentschaftskandidaten. Den Regierungen der Bundesstaaten obliegt es nach Vorliegen des Endergebnisses, die Namen der zum Zuge kommenden Wähler urkundlich „festzustellen“ und an mehrere Institutionen in Washington zu melden – Postkutschen werden dazu heute nicht mehr eingesetzt.

Bei der vorigen Wahl galt noch, dass die Wähler „am ersten Montag nach dem zweiten Mittwoch im Dezember“ zusammentreten (der Termin wurde vor kurzem auf den Dienstag verlegt); 2020 war das der 14. Dezember. Dabei treffen sich die „electors“ aber nur jeweils in ihrem Staat, je nach Bevölkerungsgröße drei bis 54 Personen. (Das von Ergebnisgrafiken hinaufbeschworene Bild eines national zusammentretenden „electoral college“ trägt insofern.) Sie dokumentieren das Ergebnis und übermitteln es nach Washington. Dort hat der Kongress in gemeinsamer Sitzung beider Kammern stets am 6. Januar das Ergebnis zu beglaubigen („certification“); der Vizepräsident leitet als Präsident des Senats die Sitzung. Noch 2021 galt dabei: Wenn je ein Abgeordneter und ein Senator einen Einspruch gegen das aus einem Staat gemeldete Ergebnis einlegen, wird darüber in getrennter Sitzung beider Kammern abgestimmt. Das ist vor längerer Zeit zu einem politischen Ritual geworden: Politiker nutzten die Gelegenheit, Grundsatzreden zu halten oder ihre Treue zu „ihrem“ Kandidaten zu beteuern; die Schwelle für Einsprüche wurde nun drastisch erhöht.

Soweit das seit mehr als 130 Jahren bewährte Regelwerk. Trump suchte darin mit seinen Anwälten Ansatzpunkte, um, so die Anklage, die Vereinigten Staaten zu betrügen, ein amtliches Verfahren – eben die Beglaubigung im Kongress – zu behindern sowie das von der Verfassung garantierte Wahlrecht der Amerikaner zu untergraben. Fundament für das alles sei die „intensive nationale Stimmung von Misstrauen und Wut“ gewesen, die Trump auch durch seine „allgegenwärtigen und destabilisierenden Lügen über Wahlbetrug“ geschürt habe.

Phase 1: Amtsträger unter Druck setzen

Zum Beispiel [Arizona](#): Am 13. November gaben Trumps Anwälte dort vor Gericht zu, dass ihr Mandant in dem Staat – und damit insgesamt – die Wahl verloren hatte. Auch Trumps Wahlkampfmanager habe dem Präsidenten erläutert, es stimme nicht, dass dort Abertausende

Ausländer Stimmen abgegeben hätten. Trump und Giuliani aber hätten den republikanischen Sprecher des Abgeordnetenhauses von Arizona, Rusty Bowers, angerufen und überdies behauptet, auch Tote hätten massenhaft gewählt. Ihre Forderungen: Bowers sollte eine Sondersitzung einberufen und Anhörungen wegen Wahlbetrugs organisieren. Außerdem sollte „seine“ Kammer beschließen, dass nicht die Wahlleute des Siegers Biden, sondern Trumps Wahlleute im „electoral college“ für Arizona abstimmen.

Bowers, an sich ein eifriger Trump-Unterstützer, bat um Beweise, bekam laut Anklage aber von Giuliani sinngemäß zu hören: „Wir haben keine Beweise, aber viele Theorien.“ Bowers weigerte sich, Arizonas Regierung bestätigte Bidens Wahlleute. Dennoch soll Trumps Anwalt John Eastman noch am 4. Januar Bowers aufgefordert haben, in einer Sondersitzung die Wahl von Arizonas Wahlleuten für nichtig zu erklären, wofür es keinerlei Rechtsgrundlage gegeben hätte. Trump behauptete noch am 6. Januar, 36.000 Ausländer hätten in Arizona Stimmen abgegeben. Bowers bekam Monate später eine offizielle Rüge von Arizonas Republikanischer Partei und verlor die nächsten Vorwahlen haushoch.

Der Fall Georgia ist besonders berüchtigt. Auch hier wollte Trump wissen, dass 10.000 Tote (später auch einmal nur 5000, am 6. Januar dann wieder 10.300 Tote) abgestimmt hätten; eine offizielle Untersuchung hatte ergeben, dass tatsächlich insgesamt zwei Stimmen im Namen von Verstorbenen abgegeben worden waren. Trump unterstützte eine Klage der Anwältin Sidney Powell, obwohl er deren Theorie, die Software der Wahlmaschinen habe Ergebnisse verfälscht, selbst für „verrückt“ erklärt habe. Trump und viele seiner Unterstützer machten viel Aufhebens um einen Videoclip aus einem Auszählungszentrum, der nahelegen sollte, dass dort urplötzlich (gefälschte) Wahlzettel abgeladen worden wären. Giuliani nannte in einer Anhörung in Atlanta ohne Belege die Namen zweier „krimineller“ Wahlhelferinnen, Mutter und Tochter. Sie sollten in den folgenden Wochen viele Todesdrohungen erhalten.

In einem Anruf Trumps am 2. Januar 2021 bei dem für die Wahl zuständigen Innenminister von Georgia, Brad Raffensperger, bot dieser Trump einen Link zu dem langen Video an, aus dem der Clip geschnitten worden war; daraus gehe hervor, dass alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Trump antwortete: „Ich brauche keinen Link, ich habe einen viel besseren Link.“ Trump forderte Raffensperger auf, ihm 11.780 Stimmen zu „finden“, denn so viele fehlten ihm. Die Anklage zitiert einen „hohen Wahlkampfberater“ Trumps, der in einer Mail am 8. Dezember intern gejammert habe: „Ich gebe natürlich an allen Fronten mein Bestes, aber es ist hart ... wenn alles nur Verschwörungsmist ist, der vom Mutterschiff hinabbeamt wird.“



[„Ich habe einen viel besseren Link“: Trump behauptet, in diesem Auszählungszentrum in Atlanta seien plötzlich Unmengen \(gefälschter\) Wahlzettel abgeladen worden. Einen Beleg dafür gibt es nicht. :Bild: EPA](#)

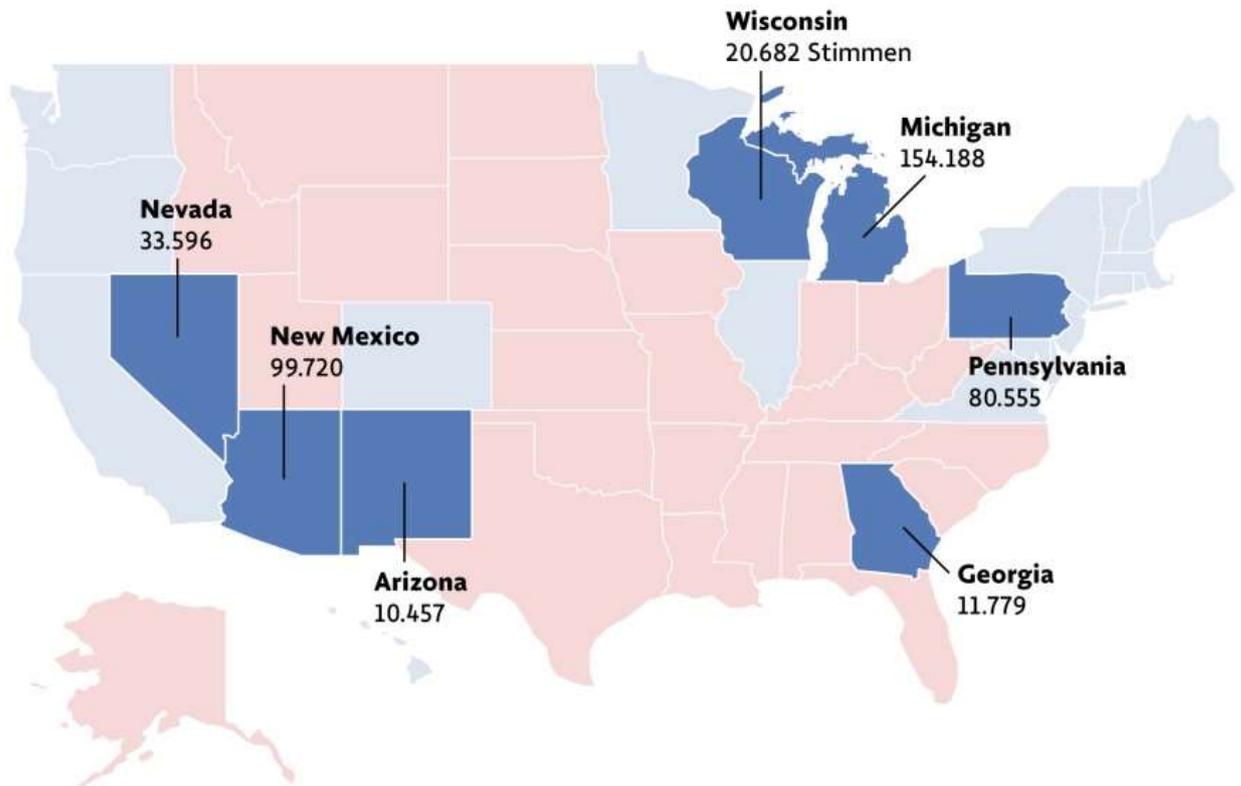
Die republikanischen Anführer der Kongresskammern von Michigan ließen sich am 20. November auf ein Treffen mit Trump im Weißen Haus ein. Sie stellten sich hinter die offizielle Auszählung, aber Trump beharrte darauf, dass er gewonnen hätte, wenn nicht „unerwartet“ 149.772 Stimmen „abgeworfen“ worden wären; er ließ nicht nach in seinen Versuchen, die Republikaner zur Ernennung „eigener“ Wahlleute zu drängen. In Pennsylvania behauptete Giuliani fälschlich vor Abgeordneten, dass der Staat nur 1,8 Millionen Briefwahlunterlagen ausgegeben, aber 2,5 Millionen zurückerhalten habe. Von einer Nachzählung samt Bestätigung durch das Oberste Gericht von Wisconsin ließ Trump sich nicht abhalten zu sagen, dass in dem Staat „Zehntausende“ unrechtmäßige Stimmen gezählt worden seien.

Phase zwei: Ein paralleles Electoral College für Trump

Anfang Dezember stand fest: Nirgendwo war es Trump gelungen, politische Verbündete in Bundesstaaten zu bewegen, der Bundesregierung anstelle von Bidens Wahlleuten die seinen zu melden. Also wurde im Weißen Haus eine zweite Stufe gezündet. In sieben Staaten – zusätzlich Nevada und New Mexico – sollten Trumps Wahlleute-Kandidaten zur gleichen Zeit zusammentreffen wie die rechtmäßigen „electors“ und Stimmen für den Präsidenten abgeben.

In diesen Staaten wollte Trump das Ergebnis umdrehen

Stimmenvorsprung der Demokraten bei der Präsidentschaftswahl 2020



Grafik: jpg. / Quelle: Federal Election Commission

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten ahmten diese betrügerischen Pseudo-Wahlleute das reguläre Verfahren nach. Sie waren laut Anklage von Trumps Mitverschwörern detailliert instruiert worden. Sonderermittler Smith zitiert Trumps Stabschef [Mark Meadows](#) (dessen Fehlen unter den Mitverschwörern einige Beobachter überrascht hat): „Wir brauchen jemanden, der die Wahlleute für die Staaten koordiniert.“

Laut Anklage kannten nicht alle „fake electors“ den kompletten Plan, den ein von Giuliani zu Hilfe gerufener Anwalt in Arizona wohl freudig „ein bisschen wild/kreativ“ nannte: Verwirrung im Washingtoner Kongress zu stiften, obwohl es keine Aussicht mehr gab, den Wahlausgang rechtmäßig anzufechten. Manche Beteiligten wurden offenbar im Glauben gelassen, sie stimmten nur für den Fall ab, dass doch noch ein Gericht Trump zum Sieger in ihrem Staat erklären würde. Laut Anklage wurde auch die Bundesgeschäftsführerin der Republikaner, Trumps Unterstützerin Ronna McDaniel, nicht vollständig eingeweiht; sie half bei der Organisation der unrechtmäßigen „Wahlversammlungen“ in den sieben Staaten.

Weil manche „fake electors“ wohl fürchteten, wegen Hochverrats belangt zu werden, sorgten Trumps Leute laut Anklage dafür, dass in jedem der sieben Staaten noch ein Gerichtsverfahren lief. In zwei Staaten wurden dazu in letzter Minute Anträge vor Gericht eingereicht. Einen Tag vor dem – dezentralen – Treffen des „electoral college“ war Trump offenbar so begeistert von dem Plan mit den Gegenwahlleuten, dass er seine Berater anwies, ihn in einer Pressemitteilung öffentlich zu machen. Es fand sich laut Anklage aber niemand, der bereit gewesen wäre, das unter seinem Namen zu tun.

Die insgesamt 84 vermeintlichen Wahlleute schickten ihre Ergebnisse an die offiziell zuständigen Stellen in Washington – nur eben ohne die von der örtlichen Regierung bestätigte Urkunde, insofern hatten die Dokumente juristisch keinerlei Wert. Aber Trump setzte längst auf Mike Pence, den 6. Januar und die Macht der Verwirrung.

Phase 3: Trump will sich das Justizministerium gefügig machen

Der Präsident suchte nun Hilfe im Justizministerium. Dort hatte der Präsident in Person von Jeffrey Clark („Mitverschwörer 4“) einen feurigen Verbündeten im Rang eines Abteilungsleiters. Clark missachtete Hausregeln und traf sich laut Anklage mit Trump. Clark formulierte einen Brief, in dem der amtierende Justizminister Jeffrey Rosen wider besseres Wissen behaupten sollte, dass sie „erhebliche Besorgnisse identifiziert“ hätten, welche den Wahlausgang ändern könnten; dass auch die Treffen der falschen Trump-Wahlleute rechtmäßig gewesen seien und dass die Parlamente der Staaten diese Fake-Wahlleute zu den rechtmäßigen erklären sollten. Offenbar hofften Trump und Clark, dass sich Rosen beugen würde, denn Trump hatte ihm bereits damit gedroht, an seiner Stelle Clark zum Justizminister zu ernennen. Doch Rosen weigerte sich.

Clark schickte dem Minister laut Anklage dennoch am 3. Januar 2021 einen abermals verschärften Entwurf für den Brief, in dem statt von „Besorgnissen“ von „Unregelmäßigkeiten“ die Rede war. Stunden später sagte Trump Clark, dass er ihn nun zum Minister ernenne. Ein Rechtsberater des Weißen Hauses soll daraufhin Clark aufgefordert haben, das Amt abzulehnen, denn akzeptiere Trump seine Niederlage nicht, „gäbe es Ausschreitungen in jeder amerikanischen Großstadt“. Laut Anklage antwortete Clark kühl: „Dafür haben wir den ‚Insurrection Act‘.“ Dieses Gesetz legt fest, wann die Bundesregierung Militär im Inneren einsetzen darf.

Zum Wechsel an der Spitze des Justizministeriums kam es nicht mehr: Trump wurde klargemacht, dass massenweise Rücktritte im Ministerium und im Weißen Haus die Folge wären – womit sein Plan wohl nach hinten losgegangen wäre.

Phase 4: Mike Pence soll es richten

Im Zentrum von Trumps Plan stand aber Mike Pence, Trumps seit vier Jahren allzeit loyaler Vizepräsident. Vor allem der Anwalt John Eastman vertrat im Weißen Haus die Ansicht, Pence solle das Wahlgesetz missachten, die Stimmen aus sieben Staaten wegen der konkurrierenden Wahlleute für ungültig erklären und Trumps Wiederwahl erklären. Als Pence den Präsidenten an Weihnachten anrief, um ihm ein frohes Fest zu wünschen, und Trump sofort darauf zu sprechen kam, bestritt Pence, dazu ein Recht zu haben. Wenige Tage später sollte Trump laut Anklage Pence nach einem weiteren Gespräch vorwerfen: „Du bist zu ehrlich.“

In einem weiteren Gespräch mit Pence soll Trump laut den Protokollnotizen des Vizepräsidenten geprahlt haben: „Unter dem Strich haben wir jeden Staat mit Hunderttausenden Stimmen Vorsprung gewonnen“. Doch der Vizepräsident beharrte darauf, dass er nur eine zeremonielle Rolle bei der Beglaubigung habe. Abermals sagte ein Rechtsberater des Weißen Hauses laut Anklage, es würde zu Gewalt kommen, wenn Pence seine Befugnisse überschritte. Eastman soll erwidert haben: „Es gab auch früher Momente in der Geschichte der Nation, in denen Gewalt nötig war, um die Republik zu beschützen.“

Phase 5: Profit ziehen aus dem Sturm auf das Kapitol

Am 5. Januar erinnerte Trump seine Anhänger auf Twitter daran, tags drauf zu seiner Kundgebung nach Washington zu kommen, und fügte hinzu: „Wenn uns Vizepräsident Mike Pence nicht im Stich lässt, gewinnen wir die Präsidentschaft.“ Später noch: „Tu es, Mike, es ist die Zeit für extremen Mut!“



[6. Januar 2021: Vizepräsident Mike Pence musste im Kapitol vor dem Mob in Sicherheit gebracht werden. Er telefoniert und guckt zugleich das Video der Rede, in der Trump die Menge gegen ihn aufstachelt. Das Foto wurde vom Untersuchungsausschuss des Kongresses veröffentlicht. :Bild: dpa](#)

Auf der Kundgebung bekräftigten Giuliani, Eastman und Trump, dass Pence die Macht habe, Trump im [Kapitol](#) zum Sieger zu erklären. Weil es hier um Betrug gehe, dürfe man „nach sehr anderen Regeln spielen“, sagte der abgewählte Präsident.“ Und er rief: „Wenn ihr nicht wie Hölle kämpft, dann habt ihr kein Land mehr.“ Trump legte nahe, dass er mit der Menge zum Kapitol marschieren werde, ließ sich aber ins Weiße Haus bringen.

Sonderermittler Jack Smith hat Trump nicht wegen Anstiftung zum Aufruhr angeklagt. Doch habe der Massenauflauf dem Zweck gedient, Pence unter Druck zu setzen. Und als sich im Kapitol die Wut gewaltsam entlud, habe Trump versucht, das zu seinem Vorteil zu nutzen. Die Anklage beschreibt zum einen, wie Trump Bitten seiner Vertrauten ignorierte, den Mob zum Rückzug zu bewegen. Um 14.24 Uhr, vermerkt das Dokument, twitterte Trump: „Mike Pence hatte nicht den Mut zu tun, was er zum Schutz unseres Landes und unserer Verfassung hätte tun sollen“. Eine Minute später musste der Secret Service den Vizepräsidenten aus dem Plenarsaal eskortieren und in Sicherheit bringen. Eindringlinge riefen „Hängt Mike Pence!“ oder „Verräter Pence!“.

MEHR ZUM THEMA



[ANKLAGE WEGEN WAHLBETRUGS: Eine harte Richterin für Trump](#)

- OLIVER KÜHN



[DRITTE ANKLAGE: Donald Trump und die Macht der Lüge](#)

- EIN KOMMENTAR VON ANDREAS ROSS



[ANKLAGEN GEGEN TRUMP: Wenn der Wahlkampf mit Gerichtsverhandlungen kollidiert](#)

- SOFIA DREISBACH, WASHINGTON



[LIVEBLOG ZUR ANKLAGE: Donald Trump plädiert auf „nicht schuldig“](#)

Trump sandte später gemischte Botschaften in die Welt. Um 18 Uhr, als die Polizei die Lage im Kapitol wieder im Griff hatte, schrieb der Präsident: „Das sind die Dinge und Ereignisse, die passieren, wenn großartigen Patrioten ein heiliger Erdrutschsieg so unzeremoniell und böse entrissen wird“. Noch danach telefonierte Giuliani laut Anklage mit mehreren Senatoren und Abgeordneten, um sie zu drängen, wegen der Unruhen die Beglaubigung von Bidens Sieg zu vertagen. Um kurz vor Mitternacht schrieb Eastman abermals Pence an, er solle sich zu einer „relativ geringfügigen“ Verletzung des Wahlgesetzes durchringen und die Sitzung auf den 16. Januar vertagen. Vier Stunden später erklärte Mike Pence, [Joe Biden](#) zum Sieger der Präsidentenwahl. Am 20. Januar verließ Trump Washington. Zweieinhalb Jahre später musste er am Donnerstag zurückkehren, um vor einem Bundesgericht zu erscheinen.

